

# Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

**Bezugspreis** für Post und Stadt freiliegend, Ortsbezugs einschließlich, Postbezugs monatlich, Nachdruckverbot vorbehalten. Expedition vertriebsmäßig. Einzelnummer 120 Mld., Sonnabends 100 Mld. Postfachkonto: Amt Leipzig Str. 16 654. Geschäftsstelle: Faltstraße 4; Zweigstelle Gottschalkstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle höh. Gew. (Streik u. a.) besteht k. Anspr. a. Liefer. od. Rückvergüt.



**Anzeigenpreis** für den achtspaltigen Millimeterraum 8 Goldpennige; im Reklameteil 32 Goldpennige; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpennige. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Jahrganges 1924 maßgebend. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzprovision ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Ar. 37

Mittwoch, den 13. Februar 1924

164. Jahrgang

## Ein Konflikt zwischen Reich und Preußen.

### Um den Walzopfertag.

Das preussische Staatsministerium hat eine amtliche Meldung verbreitet, wonach die preussische Regierung zunächst den von der Reichsregierung angeordneten Walzopfertag für Preußen verboten hätte und die Genehmigung erst gegeben hat, nachdem der Sammlungsdruck auf sämtliche von den Separatisten beherrschte Gebiete ausgeübt wurde.

Diese Meldung ist das letzte Ergebnis einer Auseinandersetzung zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung hinter den Kulissen, die so ziemlich das Unrechtsmaß darstellt, was der Reichsregierung, insbesondere im preussischen Staatsministerium, in den letzten Jahren geleistet hat.

Wir wollen im Interesse des Öffentlichen für die Walz zunächst auf eine eingehende Erörterung aller Einzelheiten verzichten, zumal ja auch die berufenen Stellen des preussischen Landtages sicher noch Gelegenheit nehmen werden, vor aller Öffentlichkeit nach dem Wahlsatz zu verfahren, in welchem Umfange die preussische Regierung einen unbegründeten parteipolitischen Willkürakt heraus einen Epitaph des ganzen deutschen Volkes für die Walz behindert hat. Vorläufig beschränken wir uns nur auf die Feststellung, daß die vom preussischen Staatsministerium herausgegebene Meldung infam falsch ist, als Tier die Verteilung der bei diesem Epitaph eingelegten Gelder niemals eine Meinungsverschiedenheit zwischen Reich und dem Reich bekunden hat. Es war von vornherein beabsichtigt, Preußen für die von den Separatisten betroffenen preussischen Gebiete einen entsprechenden Anteil an den Sammlungen zu geben.

Die preussische Regierung hat vielmehr Gründe anderer Art, die auch nicht stichhaltig sind, zunächst vorzubringen, als die Vorbereitungen für den Walztag zu behindern und hat schließlich erst nachgeholt, als ihre Position infolge Bekanntwerdens von Einzelheiten in der Öffentlichkeit unheilbar wurde. Die Mitglieder der preussischen Regierung, die nicht der Sozialdemokratie angehören, müssen, aus welchen Gründen auch sie eine Haltung in dieser Frage eingenommen haben, die von einheitlicher nationaler Politik des Reiches sehr weit entfernt ist.

## Dor der Entscheidung über die dritte Eisennotverordnung.

Berlin, 12. Februar. Der Unterausschuß des 15er-Ausschusses im Reichstag hat Dienstag Nachmittag seine Beratungen über die dritte Eisennotverordnung im wesentlichen abgeschlossen. Eine Einigung der Parteien gerade über die wichtigsten Probleme der Eisennotverordnung namentlich die Aufwertung der Hypotheken, ist nicht zu Stande gekommen. Vor allem besteht keine Aussicht, daß im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit in dieser Frage zu finden ist, die aber notwendig sein würde, weil es sich um eine Verfassungsänderung handelt. Infolgedessen wird es mehr als wahrscheinlich sein, daß die dritte Eisennotverordnung von der Reichsregierung nicht angenommen wird.

## Der kommunistische Putschplan.

### Wie die K. P. D. illegal weiterlebt.

**Kartellvertrag und Internationale Arbeiterhilfe.**  
Unter der Beschuldigung, der verbreiteten kommunistischen Partei durch Kartellvertrag Vorschub geleistet zu haben, wurden sich der Reichstag der Strafkammer des Landgerichts in Berlin der Richter Fritz Michaelis, der Oberdiener Alfred Barfisch, der Schlosser Otto Herrmann, der Arbeiter Joseph Petersen und die Sekretärin Anna Welfert zu verantworten.

Am 7. Dezember d. J. wurden die Genannten in einem Restaurant am Seefeld in der Schönhauser Straße in Berlin festgenommen. Man fand bei ihnen Aufzeichnungen, die beweisen, daß die Angeklagten als kommunistische Kartellvereine tätig waren. Die Angeklagten leugneten und behaupteten, es habe sich bei ihrer Tätigkeit um die Verteilung von „Pfeifenmarken“ für die Internationale Arbeiterhilfe gehandelt.

Von besonderem Interesse war das Gutachten des Polizeiratsherrn Gennig.

Die A.B.D. so erklärte er, war vor dem Verbot im Reich in 26 Bezirke eingeteilt. Der Bezirk Berlin hatte 20 Unterbezirke, sogenannte Verbreitungsbezirke, die wieder in Gruppen und Abteilungen zerfielen und zuletzt sogar durch Führer- und Führergruppen die Mitglieder zu erfassen suchten. Auch nach dem Verbot ist diese Organisation weiter aufrechterhalten worden. Neuerdings ludt man die Mitglieder- und Führergruppen durch Betriebszellen zu erfassen. Diese Umstellung ist noch nicht ganz durchgeführt. An Stelle der Gesamtpartei ist ein Direktorium getreten und auch die Untergruppen werden vom Direktorium geleitet. Direktorien werden nicht gewählt, sondern gestellt und ergötzen sich aus ihr selbst. Die Organisation wird durch Verwaltungsabteilungen geleitet.

Steuernotverordnung zu erlassen, wobei sie voraussetzungslos die von den Parteien geäußerten Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigen wird, um die Neuordnung eine längere Lebensdauer zu sichern. Mittwoch Nachmittag wird der Unterausschuß noch einmal zu der entscheidenden Sitzung zusammenzutreten, um dem 15er-Ausschuß selbst seinen Bericht vorzulegen.

### Besprechungen der Regierung mit den Beamtenorganisationen.

Berlin, 13. Februar. Bei einer am 9. d. Mts. im Reichsfinanzministerium stattgefundenen Aussprache mit den Vertretern der Spitzenorganisationen wurde von den Kommissaren des Reichsfinanzministeriums erklärt, daß es nicht beabsichtigt sei, die auf Grund der Personalabbaueinrichtung ausgeschiedenen Beamten von etwaigen künftigen Erhöhungen der Gehälter auszuscheiden. Es sei niemals daran gedacht worden, Gehaltserhöhungen im Wege der Bewährung nichtgehaltspflichtiger Zulagen vorzunehmen. Gegenüber anderen unbegründeten Gerüchten wird amtlich festgestellt, daß eine Herabsetzung der Bezüge der Beamten selbstverständlich niemals erwohnen worden ist; vielmehr ist es der erste Wille der Reichsregierung, sobald es die Finanzlage irgendwo ermöglicht, die Grundgehälter und die Zulagen an angemessen zu erhöhen und an dieser Verbesserung insbesondere auch die sozialen Bedarfsbedarfe, die Frauen- und Kinderzuschläge teilnehmen zu lassen. Für die Beamten im dauernden und einmündigen Ruhestand sowie die Hinterbliebenen und Waisen würden die entsprechenden Forderungen geachtet werden. Endlich wird noch hervorgehoben, daß die nur zur Beurlaubung der Beamten auslast ausgeföhrenen Gerichte über eine Erhöhung der Abbaugrenze auf 35 v. d. d. Reichsbeamten jeder Grundlage entbehren.

**Seine Heraussetzung des Wahlrechtsalters.**  
Berlin, 12. Februar. Inhaltlich wird gemeldet: Nach Zeitungsberichten soll beabsichtigt sein, bei der Reform des Wahlrechtsalters das wehrberechtigte Alter von 20 auf 25 Jahre heranzuführen. Demgegenüber sei festgestellt, daß der Vorschlag von Reichstagspräsident angenommenem Entwurf zur Veränderung des Wahlrechtsalters eine Zustimmung dieser Art nicht enthält. (Das ist äußerlich bebaueulich und macht jede Reform illusorisch.)

### Das amtliche Wahlergebnis in Thüringen.

Weimar, 12. Februar. Das Preisamt Thüringen teilt mit: „Nachdem sich heute nachmittags 5 Uhr und 35 Min. vorliegender amtlichen Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses der Thüringer Landtagswahlen werden auf den Erdrunden 34, auf die K.P.D. 16, auf die Kommunisten 13, auf die Deutsch-Nationalen 6 Landtagsabgeordnete entsandt. Einige Wahlergebnisse aus kleineren Orten stehen zurzeit noch aus.“

Zu den 6 Abgeordneten die in Thüringen auf die deutsch-völkische Liste gewählt wurden, gehört auch der Schriftsteller Arthur Dinter.

### Infamien der neuen Thüringer Landtags.

Weimar, 12. Februar. Wie der „S.-A.“ hört, wird der neugewählte thüringische Landtag bereits für den 21. Februar zu seiner ersten Sitzung zusammenberufen werden.

Es besteht ein Heffort für Ernährung, eine Abstellung für Fortsetzung der Reichswehr und Schutzpolizei, eine Abstellung für Waffenerhaltung, und eine besondere Abstellung beschließt sich mit der Erhaltung des Fuhr-, Telegraphen- und Postdienstes. Die Militärabteilung legt sich aus proletarischen Hundstücken auf, welche eine „Erdrundenhilfe“ bringen. Gegenwärtig ist die wichtigste Abteilung der Kurierdienst, da die Partei durch die Presse und durch Vermittlungen an die Mitglieder nicht herankommen kann.

### Auch in Oppenheim.

Königsberg, 12. Februar. Vom Militärbezirkskommandant wird mitgeteilt, der politischen Abteilung des hiesigen Polizeipräsidiums ist es gelungen, mit der Schutzpolizei gelungen, gestern eine Versammlung von Kommunisten zu führen bei der Verhinderung der für den 13. d. Mts. geplanten Demonstrationen zu überfallen und aufzuheben. 85 Teilnehmer der Versammlung wurden verhaftet. Es ist zu hoffen, daß durch diesen Zugriff die geplanten Unternehmungen im wesentlichen vereitelt sind. Trotzdem sind alle Vorkehrungsmaßnahmen getroffen.

### Vertagung der kommunistischen Aktion.

Berlin, 12. Februar. Es scheint, daß die für den 13. Februar geplante kommunistische Aktion in Form von verbislofendemonstrationen im ganzen Reich, deren weitgehende Vorbereitungen in den verschiedenen Städten bereits angefangen werden konnten, vorläufig bis zum Aufsammentritt des Reichstages, also bis zum 20. Februar vertagt werden ist. Anfanglich war die Aktion schon für den 3. Februar geplant, wurde dann aber auf den 13. Februar verschoben. Die nachmalige Vertagung scheint ihre Ursache in der zunehmenden Interesslosigkeit derjenigen

## Thüringen.

Der Umsturz in Sowjet-Thüringen ist nicht von ungefähr gekommen. Schon vor dem Kriege galt das Industriegebiet Thüringen als eine der sozialistischen Hochburgen, in der Kaufsache deshalb, weil den marxistischen Kaufleuten das Feld kampfslos überlassen wurde. Nach der Novemberrevolution riefte die Sozialisten in Thüringen die Revolution aus, obwohl sie die wirkliche Mehrheit auf Grund der Landtagswahlen von 1920 hätte es möglich sein müssen, die rote Tyranniel zu brechen, wenn nicht die vier Demokraten den roten Parteipolitikern die Stützpunkte gehalten hätten. Als diese dann 1921 neuerdings „flehten“, gaben sie den Demokraten den verdienten Zuspruch, um dann gemeinsam mit der kommunistischen Zweifelhalsbande zu „regieren“. Diese Regierung wird heute von der roten Presse als „sozialistischer Aufbau“ bezeichnet, worunter offenbar die Bekämpfung jeder Opposition, schamlose Futtertrümpfenjagd und rüchstischlose Niederknüpfung jeder anderen politischen Überzeugung zu verstehen ist. Als 1922 die Gemeindevahlen einen Sieg der nichtsozialistischen Parteien ergaben, lehnte die sozialistische Sowjet-Regierung Neuwahlen für den Landtag ab, da sie unter keinen Umständen die durch den gemeintlichen Wahlsiegbedingte „Reinheits“ preisgeben wollte. Der neubestimmte Parlamentarismus ist nichts anderes als unverschämte Beamtenpolitik. In Sachsen und Thüringen hat sie die meidernärftigen Blüten getrieben, sobald sich die Aufmerksamkeit schon zwangsmäßig auf diese „mutterkorn“ regierten Sowjetstaaten lenken mußte. Es ist möglich, daran zu erinnern, daß in Sachsen und Thüringen die Sozialisten sofort mit den Kommunisten die Regierung bildeten, als beide Parteien zusammen nur über ein geringes Stimmenniveau in den Parlamenten verfügten. Mächtig insofern daran zu erinnern, als es Leute gibt, die für Thüringen nun mehr die — große Arbeitsgemeinschaft verlangen. Das heißt mit dem Willen der Wähler wahrhaft Schindluder treiben. Der Wahlsieg in Thüringen ist ein Ergebnis der Lösung gewonnen worden, die sozialistische-Kommunistische Mehrheit zu getrümmern. Das ist geschehen, trotzdem die rote Regierung ihren ganzen Apparat spielen ließ. Dürte der Ausnahmezustand die Wahlfreiheit nicht verbietet, so hätte die Regierung frühlich die Wahlbewegung der nichtsozialistischen Parteien verhindert und verbotenenfalls die im vorigen Herbst der Ausnahmezustand über das ganze Reich verhängt wurde, leistete sich die Sowjet-Regierung in Thüringen einen besonderen Ausnahmezustand. Sie verbot alle nichtsozialistischen Kundgebungen, weil schließlich jede irgendwiese des Monarchismus und des „Faschismus“ verächtlich war. Was alles die Regierung frühlich nicht abgabten hat, über den Ausnahmezustand zu setzen, als dieser tatsächlich gegen alle Parteien mit gleichem Maß angewandt wurde. Es ist ein Schwindel, wenn die sozialistische Presse heute behauptet, in Thüringen habe es sich nur um den Versuch gehandelt, die Kommunisten zu zwingen, am Gegenwartsstaat mitzuarbeiten. Die Wahrheit ist, daß die Kommunisten einen größeren Anteil an der Reute verlangten, als ihnen der „Ministerpräsident“ frühlich zugestehen wollte. Viele Sowjet-Beute haben es gewagt, ihre Tyranniel einer Bevölkerung aufzuzwingen, die in ihrer übermächtigen Mehrheit weder kommunistisch noch sozialistisch war und ist. Der frühlich hatte sogar die Dreifachstige besessen, an der Reichstagsler Kunz offene Briefe zu schreiben, weil die Reichsregierung pflichtgemäß das Einbrechen in Thüringen in Aussicht gestellt hatte. Selbst die Regierung Cuno das unterlassen, in Sachsen Sowjetnot in Thüringen, obwohl die Dinge in beiden Sowjetstaaten zur Entscheidung reif waren. Das Wahlergebnis vom 10. Februar ist so eindeutig klar, daß es eine Verhöhnung der Bevölkerung bedeutet, die große Arbeitsgemeinschaft auch nur zu erwägen. Daß die Sozialisten bereitwillig nach diesem Rettungsanker greifen, ist zu verstehen. Die große Koalition oder Arbeitsgemeinschaft soll ihnen die Beute sichern, die sie bisher gemacht haben. Kein zahlenmäßig ist der Anteil der Demokraten am Erdrundenblock nicht so stark, um ihnen die Führung der Politik zu übertragen. Der Erdrundenblock zählt 32 Mitglieder, von denen vierzig vier oder fünf Demokraten sind. Durch Vereinnahmung der Deutschvölkischen ist Ertrag möglich, so daß der Block wirklich Erdrunden zu schaffen vermag. Das geht nur, wenn der ganze rote Kugla so fast gründlich ausgeföhrt wird.

Schäden zu haben, die bei früheren Gelegenheiten für die kommunistischen Parteigenossen auf die Beute gebracht worden sind. Selbst in den Betrieben mit fast kommunistischen Einschlag besteht nach dem unglücklichem Verlauf der letzten kommunistischen Demonstrationen äußerst geringe Neigung für ähnliche Experimente. Auch unter den Gewerbetreibenden sind die kommunistischen Agitatoren auf wenig Gegenliebe für ihre Pläne geföhren. Man darf daher vielverschieden erwarten, daß die neue Vertagung der Aktion bis zum Aufsammentritt des Reichstages nur ein Vorwand für die K. P. D. ist, um die Abgabe ihrer bisherigen Anhänger zu demütigen. Im übrigen ist die Folget für alle Fälle gewiß.

**Ergebnis der deutschvölkischen und kommunistischen Vertagungsbeschlüsse.**  
Berlin, 12. Februar. In Verfolg der Stellungnahme des Reichstagspräsidenten zum Reichstags hat General von Seeck das Reichstagskommando III angeteilt den kommunistischen und der deutschvölkischen Reichstags-

Fractionen die drei Geschäftszimmer der bisher verlegelt gehaltenen Kassationskammer freizugeben. Daraufhin sind heute die Siegel entfernt worden.

### Renten- und Papiermark bleiben Zahlungsmittel.

Nachdem die Arbeiten der Währungskommission des Sachverständigenausschusses hat der Reichsfinanzpräsident Dr. Schacht Gelegenheit genommen, sich eingehender über den Plan einer Geldreform zu äußern.

Die Mark sollte auf drei Monats-Goldmarken der wirklich kreditwürdigen deutschen Wirtschaft begründet werden und das so angelegte Goldkapital, das im Ausland fest deponiert werden sollte, sollte entweder durch Aktien oder durch Zertifikate, als ein Art Bodenschatz nutzbar gemacht werden, die aber nicht dem kleinen Kapitalverkehr, sondern nur der Wirtschaft zum Besten ausgleich großer Forderungen zur Verfügung gestellt werden sollten.

Dr. Schacht will also nicht neben Papiermark und Rentenmark ein neues Zahlungsmittel für den allgemeinen Verkehr begründen, wie in Kreisen des Publikums vielfach angenommen wird, sondern nur ein dem Großwirtschaftsverkehr dienendes Kreditgeld.

Die Sachverständigen beabsichtigen, der Reparationskommission die Verfolgung dieses Planes in der Form vorzuschlagen, daß er ganz konsequent bis zur Einführung des gesamten in Deutschland umlaufenden Papier- und Rentenmarkes in Gold und mit größter Befestigung durchgeführt wird. Dabei wollen die Sachverständigen auch das internationale Verhalten Deutschlands hier gegenüber den ausländischen politischen Einflüssen in jeder Form sichern.

Dr. Schacht hat bei der Erörterung dieser Pläne vor den Sachverständigen darauf hingewiesen, daß auch die schnellste Durchführung des Goldwährungsplanes der Sachverständigen einige Monate in Anspruch nimmt.

In diesen Monaten die deutsche Wirtschaft sowohl im Interesse der Überwindung der Produktionslücke als auch im Interesse der Währungsstabilität nicht ruhen und daß deshalb sein Plan der Goldwährungsreform nicht aufgegeben werden dürfe. Das ist von den Sachverständigen anerkannt.

Dr. Schacht hat infolgedessen schon jetzt die Vorarbeiten für seine Goldwährungsreform wieder aufgenommen, und zwar in der Form der Aufstellung eines Entwurfs für die Durchführung der deutschen Währungsreform durch den Reichsfinanzpräsidenten.

### Die Unterhaltung Hoeft's mit Poincaré.

Berlin, 13. Februar. Der deutsche Botschafter von Hoeft hat über seine ziemlich umfangreiche Besprechung mit Poincaré hier berichtet. Es ist möglich, daß über den Inhalt seines Berichtes im Laufe des heutigen Tages eine haushaltliche Mitteilung erfolgt.

Paris, 12. Februar. Der „Matin“ schreibt zu der gegenwärtigen Unterredung zwischen Poincaré und von Hoeft: Die deutsch-französischen Unterhandlungen können nur dem Abschluß der Unterredung des von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenausschusses seinen praktischen Wert erhalten.

### Die Umwidlung der Ruhrbesetzung.

London, 12. Febr. „Times“ und „Daily Telegraph“ beschäftigen sich mit den Aussichten der englisch-französischen Verhandlungen. Im Mittelpunkt stehe die Frage der Umwidlung der Ruhrbesetzung. „Daily Telegraph“ behauptet, daß Poincaré jetzt grundsätzlich geneigt sei, die Ruhrbesetzung aufzugeben, wenn ihm gute finanzielle Zusicherungen in den deutschen Reparationsleistungen von der deutschen Regierung und den Alliierten gegeben würden und ein Entgegenkommen Englands in der Sicherheitsfrage in Aussicht gestellt werde.

### Die Separatistenlage in der Pfalz gerührt.

Speyer, 12. Febr. Die Lage der separatistischen Regierung infolge der veränderten Haltung der französischen Besatzungsbehörden gegenüber den Separatisten gerührt. Die Besatzungsbehörden haben jetzt morgen die ihr von den Franzosen bei dem Separatistenentwurf abgenommene Besatzung wieder erhalten und dann den Sicherheitsdienst in vollem Umfang wieder aufnehmen können. In Anbaur ist der kurz vor dem Separatistenentwurf von den Franzosen ergebene Befehl, daß die südliche Pfalz unter den Oberbefehl der Franzosen gestellt wird und nur den Besatzungen der französischen Besatzungsbehörden zu gehorchen hat, zurückgenommen worden. In Egersheim sind die Separatisten bereits ganz verschwunden. Der separatistische Bürgermeister Springmann von Birnmasens und der Separatistenführer Gumbach in Birnmasens sind von ihren Stellen zurückgetreten. Auch in anderen pfälzischen Städten verlassen die Sonderführer ihre Posten und versuchen, sich in Sicherheit zu bringen.

### Der Verzweiflungskampf gegen die Separatisten.

Birnmasens, 12. Febr. Ueber den Verzweiflungskampf der Birnmasenser Einwohner gegen die separatistischen Interdiktoren verlaufen folgende Einzelheiten: Die Separatisten hatten sich mit Schießwaffen, Handgranaten und Munition reichlich versehen, im Bezirksamtsgedäude wie in einem Turm verbarrikadiert und die Jagdgenossen verbarrikadiert. Die Einwohner, geführt von der Bürgerwehr, die von der Gemeindevorstand unterstützt wurde, mit Waffen aller Art, Ketten, Knütteln usw. ausgerüstet, stürmte auf das Bezirksamtsgedäude. Wegen der barackenhaften Verteidigung der Separatisten traten nicht auf beiden Seiten. Da man die Separatisten nicht aufbrechen konnte, versuchte die Bürgerwehr mit Leitern in die Fenster einzudringen. Schließlich wurde das ganze Gebäude in Brand gesetzt und ausgeräumt, wobei etwa 20 eingeschlossene Separatisten ums Leben kamen. Der verbliebene separatistische Regierungskommissar Schmaab, einer der Hauptführer, gegen den sich die Wut des Volkes richtete, wurde, als er den verzweifelten Bürgern in die Hände fiel, bewußlos geschlagen und schließlich den Tod in den Flammen. Nachdem so dem Leiden der Separatisten ein jähes Ende bereitet worden war, befreiten die Bürger in den Straßen der Stadt eine Menge auf verlassene Separatisten, denen es nicht gelang, wie gewöhnlich, die Gebäude zu verlassen. Die Wunden der Toten und Verwundeten auf beiden Seiten läßt sich noch nicht stellen.

### Adreße der Sachverständigenkommission.

Berlin, 12. Februar. Am heutigen Tage hielt die Sachverständigenkommission von 10,30 bis 2 Uhr eine Sitzung ab, in der Herr v. Siemens über die industrielle Lage und Herr v. Mendelssohn über die Lage der Banken und des Bankwesens berichtete. Morgen vormittag tritt die Unterkommission für Bank- und Währungsfragen noch einmal zusammen. Am 16. Uhr nachmittags verläßt die gesamte Kommission Berlin, um in Paris am 18. d. M. wieder zusammen zu treten.

# Ein Stadttheater für Merseburg.

Nun scheint es Wirklichkeit zu werden, daß unter Merseburg auch seine eigene Stadttheater errichten will. Damit soll auch gleichzeitig der langangelegte, sehnsüchtige Wunsch funktionsloser Merseburger in Erfüllung gehen:

**Merseburg wird sein eigenes Stadttheater erhalten.**

Der Plan des Theatervereins, der dieses Projekt trägt, ist ein eigener Musiktempel zu gründen, stammt nicht von gestern und heute. Befamlich schwebten bereits Verhandlungen mit den zuständigen Stellen, den Schloßbauern-Salon zu einer intimen Bühne umzuwandeln, Verhandlungen, die aber an den harten Bedingungen des Ministeriums scheiterten. Und der Theaterverein kann nur von Glück reden, daß hierbei kein Mißglück getroffen worden ist, denn er wäre sicher aus dem Regen in die Traufe gekommen, da er das Gebäude wohl ausbauen dürfte, im übrigen aber nur als „gebauter Ort“ betrachtet werden sollte.

Vor Beginn der gestrigen Aufführung im „Tivoli“ konnte Herr Stadtrat Beyer den erschienenen Mitgliedern die freudig aufgenommenen Mitteilung machen, daß vom Stadtbauamt ein Plan ausgearbeitet worden ist, die alte

**Stichtaine in ein modernes Theater**

umzubauen. Der Plan hat auch bereits die Genehmigung des Magistrats und der Baubehörde gefunden. Das Theater, das voraussichtlich den Namen „Stadttheater“ führen wird, ist auf 1000 Sitzplätze angesetzt. Ein derartiges Theater wird ermöglichen, daß auf der Bühne, die nach den Entwürfen eine Fläche von 10x16 m einnehmen wird, auch Opern aufgeführt werden können und daß in den Zwischenpforten „Knecht Ruprecht“, „eine glatte Fee“ oder was es sonst sein mag, möglich als einer Veranstaltung amüßlich, um im Hältern aber der anderen Seite der Bühne so schnell und überraschend zu verschwinden wie sie erschienen sind. In den geräumigen Wandelgängen werden sich während der Pausen die jungen Damen in den schönsten und neuesten Toiletten zeigen und die Seide wieder rauchen, wenn sie die breite Treppe zu den Balkonen und Logen hinaufsteigen. Das Direktorium unseres größten Dramatischer Verein Schiller wird zur ungeheuren Wirklichkeit werden:

### Die amerikanischen Sachverständigen und die Schwerindustrie.

Berlin, 12. Februar. Die „Telegraphen-Anton“ ist von maßgebender, den amerikanischen Sachverständigen habender Stelle angeführt, um im Hältern aber der anderen Seite der Presse wiedergegebenen Behauptungen des Berliner Korrespondenten der „Times“ über die Haltung der Schwerindustrie gegenüber der Sachverständigenkommission und ihren Eindruck auf die amerikanischen Vertreter jeder Grundlage entbehren: Die Behauptungen der „Times“ werden von maßgebender Stelle als heftig unklar charakterisiert. Die ganze Arbeit der Sachverständigenkommission ist aufgebaut, daß sich bisher in keinem Augenblick der Untersuchung eine Zusammenarbeit mit der Schwerindustrie als notwendig erwies. Von Schwierigkeiten, die den Plänen der Sachverständigen zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen entgegengestellt worden seien, kann schon aus diesem Grunde keine Rede sein. Wenn der Bericht vorliegenden hätte, mit den maßgebenden Persönlichkeiten der deutschen Schwerindustrie führung aufzunehmen, so wäre dies in der Öffentlichkeit nicht so leicht möglich, gewesen, da die Sachverständigenkommission darüber orientiert war, daß die Mehrzahl der maßgebenden Persönlichkeiten der deutschen Schwerindustrie zu den Meinungsänderungen in Düsseldorf nicht. Die Darstellung des „Times“ Korrespondenten ist also ebenfalls falsch, wie die Folgerungen, die von verschiedenen Seiten daraus gefolgt worden sind.

### Zwei Negizias zusammengekommen.

München, 12. Februar. Ein von Dürren kommandierter sehr stark besetzter Zug ließ hier Sonntag abend infolge falscher Weisungstellung auf einen vor dem Bahnhof auf Einfahrt wartenden Ministerfahrgast Personenzug. Da letzterer stillstand und der Zug sich noch nicht in voller Fahrt befand, hatte der Zusammenstoß glücklicherweise keine Menschenverletzungen zur Folge. Mehrere Personen erlitten leichere Verletzungen. Der Materialschaden ist sehr beträchtlich.

### Die Regierungserklärung Macdonalds.

London, 13. Februar. Vor vollkommener Unterhause hielt Ministerpräsident Macdonald ab gestern seine Programmrede. Hinsichtlich der aktuellen außenpolitischen Fragen erklärte Macdonald, er wolle das Doppelamt des Ministerpräsidenten und des Außenministers annehmen, damit er das Gewicht beider Ämter in seine Politik legen könne. Er habe sich entschlossen, die

### Anerkennung Anslands

unverzüglich auszusprechen und wünsche, alle noch zwischen England und Ansland bestehenden Fragen bald zu lösen. Der erste Schritt zu einer derartigen Regelung sei aber die Anerkennung gewesen. Macdonald besahe sich dann mit den

### Beziehungen Englands zu Frankreich

und den zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen. Er begann mit der Feststellung, daß er allerdings heute nicht in der Lage sei, eine umfassende Erklärung abzugeben, was er sehr bedauere;

aber er fühle sich jedoch glücklich, sagen zu können, daß wenn nicht noch etwas Unabgeklärtes dazwischen trete, er glaube nicht daran — er alle Hoffnungen haben dürfe, daß schon in den nächsten Tagen ein vollständiges Einvernehmen in der Währungsfrage zustande komme.

Seine, Macdonalds, erste Aufgabe sei die gewesen, eine günstige Atmosphäre zwischen Frankreich und England zu schaffen. Die englische Diplomatie müsse vollkommen objektiv, völlig gerades und absolut frei sein, wirungslos und immer auf der Suche nach einer verhältnismäßigen Antwort. Er betonte aber, England brauche deshalb nicht zu allem Ja und Amen zu sagen, was Frankreich vornehme. Er selber könne vorläufig nicht über etwas unternehmen, als bis die Berichte der Sachverständigenausschüsse vorliegen, die den ersten Schritt zur Lösung der europäischen Gesamtschwierigkeiten bedeuten. Sobald diese Ausschüsse ihre Entscheidung mitgeteilt hätten, werde seiner Aufmerksamkeit nach die Stunde gekommen sein, um noch einmal einen Überblick über alle Schwierigkeiten zu gewinnen, die zusammenzufassen und zu lösen zu sein. Das letzte und höchste Ziel des Außenministers müsse sein, eine allgemeine

### Vermachung über die Währungsfrage

zu erreichen. Er werde alle seine Energie aufwenden, um den repräsentativen Charakter und die Autorität des Völkerverbundes zu stärken. Hoffentlich werde der Völkerverbund immer mehr und mehr als internationale Gerichtshof für alle Fragen benutzt, die zwei Staaten nicht unmittelbar zwischen sich auszumachen imstande seien. **Deutschland**

### Und neues Leben blüht aus den Ruinen...

Das zu einem wirklichen Theater aus Garboden und Popoverde usw. gehören, ist ja selbstverständlich. Aber auch an die Theaterfreunde, die nach der Aufführung gern noch einen „kleinen Schoppen heben“ soll gedacht sein. Ein geräumiges Theater-Restaurant wird die „geistig belebte“ mit leblichen Genüssen versehen und wird auch in dem Zusammenhang schließlichen jeder einen angenehmen Aufenthalt verschaffen.

Die Lage der „Stadttheater“ ist für den Theaterbetrieb äußerst günstig. Fern ab vom Getriebe der Straße werden die Aufführungen ungestört verlaufen können.

Somit der Plan und seine Auswirkungen auf die Bahntafel

Und nun die Mittel zu den Ausführungen der Arbeiten. Sie sind ja noch nicht! Wenigstens würde das Kapital der Theatervereine über das er zur Zeit verfügt, bei weitem nicht ausreichen, die Kosten dieses Baues, die mit annähernd 200 000 Goldmark veranschlagt sind, zu decken. Um das Kapital zu beschaffen und den Bau baldigt beginnen zu können, soll eine gemischt-wirtschaftliche Privatgesellschaft, die sich aus Mitgliedern des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft zusammensetzen soll, gegründet werden. Die Stadt Merseburg hat sich in dantenswerter Weise bereit erklärt, das Unternehmen zu fördern und hat damit auch bereits den Anfang gemacht mit der

### Stiftung des Grundfonds.

Es handelt sich ja im Grunde genommen auch mehr um eine städtische als private Angelegenheit, da dieses Theater der gesamten Merseburger Bevölkerung zugute kommt. Darum ist es aber um so notwendiger, daß sich auch die Bevölkerung aktiv an der Begründung dieses Planes beteilige und mit freiwilligen Spenden beifand eintrifft, wenn der Plan in Erfüllung geht.

Wie allen diesen Fragen wird sich die **General-Versammlung des Theatervereins**, die beauftragt am Donnerstag, den 21. Februar, stattfindet, noch beschäftigen.

### in den Völkerverbund eintreten.

Dasselbe hoffe er auch von Ansland. Die Regierung beschäufliche sich vorwiegend mit diesen europäischen Fragen; und es sei sicher, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie sehen, daß das ganze Problem von einem neuen Gesichtspunkt aus aufzugehen werde, sich mit Begeisterung an diesen Aufgaben beteiligen würden. Den Welt seiner Rede nahmen interpolitische Fragen ein.

### Ein großer Tag im englischen Parlament.

London, 13. Februar. Ministerpräsident Macdonald begab sich von seinem Amtssitz in Downing Street aus zu Fuß zum Unterhaus. Er umhüllte und förmlich begrüßt von einer ihm umgebenen unübersehbaren Menschenmenge. Das Parlament war bereits vollbesetzt, als Edwin Webb die erste Anfrage beantwortete. Dann nahm Macdonald das Wort. Er erklärte einleitend, unter seiner Regierung werde das Parlament fröhlich die vollen Einzelheiten aller bedeutenden politischen Fragen erfahren und ging alsdann auf einige Mitglieder der überalterten Angelegenheiten der Alliierten über. Mit Bezug auf die außenpolitische Lage machte der Ministerpräsident das Parlament darauf aufmerksam, daß seit seinem Regierungsantritt schon einige Fortschritte erzielt worden seien. Die Rede Macdonalds war kein Beweis besonderer notwendiger Geschicklichkeit auf einige Mitglieder der überalterten Angelegenheiten der Alliierten über. Mit Bezug auf die außenpolitische Lage machte der Ministerpräsident das Parlament darauf aufmerksam, daß seit seinem Regierungsantritt schon einige Fortschritte erzielt worden seien. Die Rede Macdonalds war kein Beweis besonderer notwendiger Geschicklichkeit auf einige Mitglieder der überalterten Angelegenheiten der Alliierten über.

### Die Finanzvorlage vor der französischen Kammer.

Paris, 12. Februar. In der Kammer wurden heute vorwiegend in der Debatte über die Finanzvorlage weitere Abänderungsanträge der Kommunisten abgelehnt. Der Ministerialbescheid, nach der Annahme der drei ersten Artikel der Finanzvorlage aus diesen Mitteln ein eigenes Gesetz zu machen und es unverzüglich dem Senat zur Behandlung vorzulegen.

### Rumänisch-ungarische Reparationsverhandlungen.

Bucarest, 13. Februar. Die Verhandlungen mit Ungarn sind im wesentlichen gütlich abgeschlossen. Ungarn hat angeregt die Wiederherstellungen nicht in Geld, sondern in der Form von Zinsen zu zahlen, wobei andere landwirtschaftliche Maschinen, Mühleneinrichtungen, Telefonanlagen und dergl. zu liefern.

### Beklagter Stützpunkt für die russische Handelsflotte.

Paris, 12. Februar. Nach einer Mitteilung des „Journal“ beschäftigt die Sowjetregierung nach Antwerpen eine Delegation zu entsenden, um mit der Hafeneinfahrt über die Errichtung eines Stützpunktes für die russische Handelsflotte in Verhandlungen zu treten.

### Zu den deutschen Reparationsverhandlungen mit Jugoslawien.

Belgrad, 13. Februar. Der Finanzminister hat im Einverständnis mit dem Außenminister die Vertreter Jugoslawiens in Berlin nach Belgrad berufen, da in den Verhandlungen über die Fortsetzung der Reparationsleistungen dieser keine Verbindung mit dem in Belgrad getroffenen Fortschritte. Die Vorläufe der deutschen Regierung würden es nach Ansicht der jugoslawischen Delegierten ermöglichen, die Lage der jugoslawischen Wirtschaft zu berücksichtigen. Es soll eine besondere Sachkommission eingesetzt werden, welche darüber urteilen wird, wie die zum Teil bereits begonnenen deutschen Lieferungen in irgendeiner Weise beschleunigt werden könnten. Die jugoslawische Regierung droht, nötigenfalls mit der Verhängung der Sperre über die deutschen Gütern.

### Aus Stadt und Umgebung

**Stadtnote.** Von dem werbeständigen Stadt-Vollrat sind noch ungefähr 80 000 Goldmark im Umlauf, die teils gegen Goldanleihefonds teils gegen entsprechende Papiermarkbeträge eingelöst werden sollen. Diejenigen Inhaber von Stadtnotegeldscheinen, die auf Umlauf des Stadtnotegeldes gegen Goldanleihefonds Wert legen, werden gebeten, dies der Stadtkassa umgehend mitzuteilen, damit Goldanleihefonds zurückgestellt werden.

**Berlin für Heimatkunde Merseburg.** Einmal besonders in der letzten Zeit hat der Verein der Heimatkunde am 19. d. Mts abends 7 1/2 Uhr, im Schauspieltheater in der großen Ritterstraße (Modernes Theater) bieten. Er hat Herrn Stadt Dr. v. Franke zu einem Vortrag über den deutschen Rhein und die „Abteilungen“ gewonnen. Herr Dr. Franke steht uns mit seinen beiden Vorträgen im vorigen Jahr, „Gedächtnis und der Rhein“ und „Der Rhein und die Rheinlande“ noch in bester Erinnerung. Er hat als Thema diesmal den deutschen, so heißt unfruchtlichen Rhein gewählt und die uns Deutsche so besonders liebe Abteilungsfrage. Herr Dr. Franke einmal gehört hat, weiß, daß es dieses Thema wieder tief auszubilden und in seiner prägnanten Art zum Vortrag bringen wird. Nach dem Vortrag werden Lichtbilder vom Rhein zur Verfügung kommen.









Letland.

Von Hans Joachim von Reubaus.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so ist im Nordosten Europas ein Volk der ehemals russischen Randstaaten im Entstehen begriffen, dessen politischer und wirtschaftlicher Mittelpunkt Lettland werden dürfte. Zu dieser Stellung behilft das Land nicht nur seine geographische Lage und seine großen Häfen Riga und Libau, sondern auch seine von ihm selbst geschaffene Bedeutung. Lettland hat es in überaus kurzer Zeit verstanden, die politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse im Innern in Ordnung zu bringen. Zunächst galt es die Volkswirtschaft im Lande selbst zu befestigen oder wenigstens zu befestigen. Durch das scharfe Korporieren der lettischen Bauern wurde diese besonders schwierige Aufgabe, weil von Russland immer neuer Zug zum kam, in verhältnismäßig kurzer Zeit gelöst. Die Volkswirtschaft hatten als festen Kern ihrer roten Armee zuerst Schinesen und Lettenbataillone. Diese wurden dann später aufgelöst und strebten nun in die inzwischen neu gegründete Heimat zurück, entweder aus eigenem Antriebe oder ausgedrängt von Moskau, um im Interesse der „Weltrevolution“ zu arbeiten. Der lettische Staat, frei von einem mitärrischen verstandenen Menschheitselend, war sich klar darüber, daß diese „Genossen“ seine nützlichen Glieder ihres Landes werden könnten und machte sie einfach unerschicklich. Die große Gefahr, die Lettland im Innern drohte, war die Zerrüttung seiner Währung. Die vielen kriegerischen Unternehmungen, die das Land im Laufe von 5-6 Jahren heimgeführt hatten, hatten die Währung und damit die wirtschaftliche Kraft des Landes zerstört. Bis zum Jahre 1922 klang der Lettenrubel noch schneller als die Mark. Dann wurde das Währungsproblem energig angefaßt und dies zugreifen war von Erfolg gekrönt: Seit Frühjahr 1922 behält der Lettenrubel zum Dollar 250:1 ohne nennenswerte Schwankungen. Eine der wichtigsten Maßnahmen zur Stabilisierung war die Einführung des Fiskalmonopols zu Gunsten des Staates. Durch dieses Monopol sowie durch die Einnahmen des Staates aus dem Durchfuhrhandel gelang es der Regierung, einen adäquaten Devisen- und Goldfonds anzusammeln. Gleichzeitig wurde der Uebergang zu einer neuen Währung, der Lettenmark, angebahnt. Ein Lat-1 = 3 Schweizer Goldfrank. Noch heute gehen beide Währungen nebeneinander, wobei 50 Lettenrubel = 1 Lat gerechnet werden.

Die Befestigung der Währung und die damit verbundene Finanz- und Steuerreform sind das fast ausschließliche Verdienst zweier Männer: des früheren Finanzministers Minod Kalnintg und des Direktors der lettischen Staatsbank, Friedmann. Allerdings war die lettische Staatsbank ein Finanzdiplomate er sich z. B. einzelnen Kredits bei ihrer Staatsaufstellung zunächst einmal 25% ihrer Ausgaben und unterzog den Rest einer genauen Prüfung. Die Sicherung des Wirtschaftens hatte eine Verbilligung auch der politischen Strömungen zur Folge. Der überwiegende Teil des lettischen Volkes ist durchaus antijohannisch; das Land hat den Volkswirtschaft in reiner Form kennen gelernt und lehnt daher jede sozialistische Strömung ab, die ja in jedem Fall zum Kommunismus führen muß. Daneben macht sich eine Parlamentsmäßigkeit bemerkbar. Das Land zählt fast ebenso viele Parteien wie Deutschland und die Folgen bleiben nicht aus: häufige Krisen, aus denen nur immer ein Ausweg gefunden wird, weil auch dort die Fütter-

Frage ausschlaggebend ist. So gibt es heute bereits eine faktische Bewegung in Lettland, die hin und wieder der Regierung Kopfweh bereitet.

Die außenpolitische Lage Lettlands wird in erster Linie durch die Stellung zu Russland beeinflusst, sowie durch den seit Jahren schon auf der Tagesordnung stehenden Randstaatenbund. Was die Stellung zu Russland angeht, so kennt man die große Gefahr, die dem Osten her droht, wenn Russland, sofern es erst im Innern erkräftet, danach strebt, die verlorenen Gebiete zurückzugewinnen. Eng verbunden mit der Furcht vor der russischen Gefahr ist die Frage des Randstaatenbundes. Von Anfang an trat man der Verwirklichung dieser Frage näher, weil alle Randstaaten ja in der gleichen Gefahr sind, einmal von dem roten Räderbar verfrachten zu werden. Bei dem Randstaatenbunde handelt es sich um zwei Formen: um den großen Bund mit Finnland und Polen, während der kleine Bund nur Lettland, Litauen und Estland einschließen soll. Der große Bund darf heute vielleicht schon als endgültig gelöst angesehen werden: Finnland, das hart zu Skandinavien neigt, ist wohl bereit, mit dem unmittelbar an der Dniez liegenden Staaten ein Bündnis einzugehen, aber es lehnt ein Zusammengehen mit Polen ab. Die übrigen Randstaaten können sich ebenfalls einem Bunde mit Polen, in dem dieses zweifellos die Führung anstreben würde, nicht anschließen. So bleibt dem der kleine Randstaatenbund. Die Vorstufe dazu scheint der im Dezember v. Jrs. abgeschlossene Vertrag zwischen Lettland und Estland zu sein. Daß Polen dabei absteigt, läßt darauf schließen, daß dieser Vertrag jedenfalls nicht in Paris erbracht worden ist, sondern vielmehr England hierbei seine Hand im Spiele hat. England hat ein Interesse am Bestehen der um die Dniez liegenden kleinen Staaten, nach deren Verschwinden die Dniez eines Tages wieder von Petersburg aus beherricht werden könnte. Der lettisch-estonische Vertrag wird das stärkste der Verhandlungen bilden, die in Romo und Warschau geplant sind.

„Ja, Bauer, das ist ganz was anders!“

Seine ungenierte Unterfütterung der sogenannten Separatistenbewegung begründet Frankreich natürlich mit der abgegriffenen, salbungsvollen Redensart, es müsse der Selbstbestimmung und dem Freiheitsdrang „unterdrückt“ Völker aus selbstlichem Gehmut und traditioneller Humanität heraus Hilfe angedeihen lassen. Wie schönen Wankeln zwischen dem Selbstbestimmen und dem Freiheitsdrang, „unterdrückt“ Völker aus selbstlichem Gehmut und traditioneller Humanität heraus Hilfe angedeihen lassen. Wie schönen Wankeln zwischen dem Selbstbestimmen und dem Freiheitsdrang, „unterdrückt“ Völker aus selbstlichem Gehmut und traditioneller Humanität heraus Hilfe angedeihen lassen.

gemein Handelsstab“ zufolge, die ebenso charakteristische wie nachweislich lügenhafte Antwort bekam: Was wollen Sie? Es hat noch keine im Land gefessen! Als Antwort dann freilich fragte, wie es denn mit einem Regierunsmittglied sehe, nämlich dem wegen Betrugs, Diebstahls, Unterschlagung, Mißhandlung und Zerschlagung seiner vortretenden Ehegatten (1) Schuler Komand, der erst zum Sicherheitskommissar (1), dann zum Finanzminister (1) der lettischen Republik Platz errannt worden war, wurde Dr. Levy de Mey plötzlich bemerkenswerter schwerhörig. Dieser französische Polizeipatrolist die politische Unerschicklichkeit seines Landes in ungeheurer Weise und paßt überhaupt nur mit dem Titel zum Landbesitzer. Die Begeisterung Frankreichs für die Befreiung der Randländer vom „deutschen Joch“ wird übrigens in eine doppelte eigenartige Beleuchtung gerückt, wenn man hört, wie die Franzosen in den von ihnen schon annektierten deutschen Gebieten mit den Deutensumpfringen, die für ihre Landesleute nichts fordern als das von Frankreich sonst so heilig protegierte Recht der „Selbstbestimmung.“ Nur um dieses Verbrechen werten fand der Kaiser (1) sein: Geht doch am 4. und 5. Dezember 1923 vor dem Straßburger Schwurgericht und wurde von ihm „wegen Komplotts, gegen die innere Sicherheit des französischen Staates“ (1) zu 7 Jahren (1) Festung verurteilt! Oh, und wie steht es mit der inneren Sicherheit des deutschen Staates? Und wie war man am Urteil Zuerst Me-gander? Ja, Bauer, das ist ganz was anders!“

Die Frage des Finanzausgleichs.

Der fünfzehnerausch des Reichstages behandelte am Sonntagabend die Artikel 5 und 6 der dritten Steuernotverordnung. Gegenstand des Art. 5 ist der Finanzausgleich. Von der Regierung wurde hierzu ausgeführt, daß infolge des Währungsverfalls das Reich durch Belastungsausfälle der Gemeinden und Gemeinden zum übertragenden Teil übernehmen müsse und darüber hinaus die Länder und Gemeinden durch Veränderung von Zuschüssen zu den Gehältern der Geistlichen und kirchlichen Beamten sowie von Zuschüssen für soziale Anlagen und Einrichtungen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung erfüllen, wesentlich entlastet werden müßten. Die Notwendigkeit, die auf Goldmarkt umgestellten Haushalte in die Höhe zu halten, verbietet dem Reiche, sich weiterhin mit den Ausgaben zu belassen, die unter finanziellen Gesichtspunkten als einer der notwendigsten Ausgaben zu bezeichnen. Die Einnahmen der Länder und Gemeinden wiederum diejenigen Aufgaben aus selbständiger Regelung und Erfüllung überlassen, die nach der geschichtlichen Entwicklung und auf Grund des bestehenden Rechts als die ihrigen anzusehen sind; die Wohn- und Wohnungswesen sowie die öffentlichen Dienstleistungen der Regierungsvorlage den Anteil der Länder an der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf 90 Prozent hinauf, die die Erbschaftsteuer als Ueberweisungssteuer auf und beschränkt die Beteiligung der Länder und Gemeinden an der Umsatzsteuer auf das 1/2 v. D., das nach Art. 4 § 2 der zweiten Steuernotverordnung 1924 über den bisherigen Sach hinaus zur Erhebung kommt.

Art. 6 der dritten Steuernotverordnung enthält Bestimmungen über die Mitwirkung der Gemeindebehörden im Steuerungsverfahren. Im weiteren Verlaufe der Sitzung des fünfzehnerauschusses wurden noch einige Abänderungsvorschläge

Durch Kampf zum Sieg.

Roman von Erich Oberstein.

„Schwartzbier!“ murmelte sie unfrisch, „du und ich wir waren einander nie gut gefinnt. Jetzt — es lohnt sich, daß wir uns nimmer sehen.“ „Willst mir ein gutes Andenken bewahren, weil... weil wir halt doch beide den einen Jo gern haben?“ Ueber Reginas Wangen flüchten Tränen. „Du bist dir nimmer feind, Martina. Aber was willst jetzt tun?“ „Was ich muß. Denjenigen anzeigen, der 'n Kalkenbauer umgebracht hat.“ Und ehe Regina oder Wabi noch eine weitere Frage tun können, hat sie die Kammer verlassen. Sie geht nicht nach Hause. Ihr Pferd ist müde und abgetrieben, Martina aber braucht ein frisches Fußwerk, denn obwohl der Abend schon hereinbricht, will sie doch noch nach Altenau fahren. „So geht sie zum Teichwirt, der auf ihre Bitte bei ihr, einzuspinnen und sie selber nach Altenau zu fahren. Bis das Zeug in Ordnung ist, möge sie in der Stube warten.“ Der Teichwirt ist heute merkwürdig kleinlaut und geduckt. Ueber ihn, der bisher mit beherrschender Hand die Äggen des häuslichen Regiments führte, sind heute plötzlich die Dinge hinweggegangen, als wären er und sein Wille gar nicht mehr vorhanden. Schon in Altenau fing es an. Er hatte sich, teils in Erwägung der durch Regina geführten Auftritten veränderten Schläge, teils durch Kaulis Beispiel bewogen, entschlossen, seinen besseren Instinkten zu folgen und bei dem Feigenverhör anstatt belästigt gegen Heide rich auszusagen, „von nichts zu wissen.“ Aber der Bezirksrichter, der zu des Teichwirts Gehörten sich durch Konrad Beitel bereits über alles auf's genaueste informiert zeigte, legte ihm schärf zu und zwang ihn dadurch, sein Gedächtnis aufzurufen, indem er auf den in der Hauptverhandlung zu leistenden Eid hinwies. So geschah es, daß der Teichwirt ohne seinen Willen und ehe er nur recht zur Befinnung kam, alles zugeben mußte, was zur Wirklichkeit in seinem Haus zwischen Heide rich und Kalkenbauer vorgefallen war. Und das Hang schämte für den Wald-Wälder. Als er um Mittag ziemlich gedrückt beimant, empfing ihn der Teichwirt mit hinteren Miene. Ein Altenauer Vieghändler, an den sich der Teichwirt kürzlich um ein Parochie gemandt hatte, war in seiner Weisheit dagewesen, und im Gespräch mit ihm hatte die Teichwirtin von der Geduldslosigkeit ihres Mannes erfahren. Kein Wunder, daß sie außer sich geriet. Es war ein harter Schlag für sie, denn sie war nicht mehr jung und lebte sich längst nach Ausruhen. Diese Hoffnung war ihr nun zertrübt. Und im Ärger sagte sie dem Gatten manche bittere Wahrheit. Sie mischte sich sonst in nichts, aber jetzt mußte sie ihm das vorhalten, daß er sinnlos und ohne Bestand gehandelt habe. Wäre er nicht dumme Weise gegen den Bürgermeister aufgetreten und hätte an der Hege gegen ihn mitgeholfen, so lebte man jetzt in Frieden mit dem Baron. Die Friedfertiger hätten guten Verdienst, was für das Wirtshaus stets Vorteil bringe, und wer weiß, ob der Baron ihnen nicht ihren Besitz gar abgekauft hätte, wie ers oben in Laas dem Arkquirit getan hat. Regina aber wäre Bürgermeisterin und das wisse er doch: Die Waldmühle war eine Goldgrube, ehe die verheerenden Friedelötter aufhörten, ihr Getreide dort mahlen zu lassen. Aber natürlich, er habe sich nicht mit beherrschendem Wohlstand zufrieden gegeben, sondern sein einziges Kind lieber an den reichen Dummling verkaufen wollen, der sie jetzt erst recht im Stich ließ. Was er nun habe von seinem Zorn? Ob ihm der Feind jetzt herausstellen würde, dem er ja so völlig gedient habe? Zuletzt erklärte die Teichwirtin sehr energig, sie sehe ein, die Gratia habe ganz recht: es sei von Liebel, wenn das Weib alku süßam sei und dem Mann allein allen Willen lasse. Von jetzt ab werde sie auch mitreden. Der Teichwirt schlich kleinlaut und gedrückt herum, obwohl die Wirtshaus voll Leute war, die erregt die fittgegebene Ereignis befragten. Je nach ihrem Standpunkt natürlich. Denn da war am Herrentisch eine kleine Gesellschaft von Leuten, die, um den Pfarrer gefeiert, immer noch an Heide rich's Unschuld festhielt und die Aussichten seiner Rechtfertigung erwog. Und da war der Feind an langer Tafel mit seinem gleich ihm triumphierenden Anhang von Leuten, die von Heide rich's Beurteilung seltener Überzeugt waren. Unter ihnen lag hinter und vorwärts der Beitelbauer, und ganz am untersten Ende Stofel, das seinem Nachbar süßend flugte, daß er Tag und Nacht keine Ruhe habe vor allerlei Teufelspuck und jehrechten Erscheinungen, die ihn so arg ängstigten. „Der Teufel halt — der satirische Teufel läßt mich halt nimmer an!“ Als Martina eintritt, blickt sie weder rechts noch links, sondern läßt sich, ganz in ihre dufferen Gedanken verfunken, in einem Winkel neben der Tür nieder. Auf die Frage der Jungfrau, die heute anstatt Regina bebt, ob sie etwas zu trinken begehre, schüttelt sie stumm den Kopf.

Da sie immer noch den nassen Wetterfragen um die Schürten trägt und sich auf den Kopf auf den Kopf gekniet hält, hat auch der Feind sie nicht beachtet, bis ihn der Wirtshausbauer lächelnd anblickt: „Zu — ein fauler Bräutigam bist! Dort sitzt die beinige und mit einmal bewillkommen tuft sie!“ „Der Feind fährt empore wie von einer Feder geschüttelt.“ „Die Martina?“ „Er schaut hinüber.“ „Ja, Sie ist's wirklich! Vor einer Viertelstunde erst war er im Wirtshaus, wo man ihm sagte, daß die Bettin wieder fortgegangen. Und jetzt sitzt sie dort stumm, ohne daß er es weiß!“ „Es ist ihm lieb und unlieb zugleich, daß er gerade jetzt mit ihr vor so vielen Leuten zusammenstößt. Lieb, weil er meint, daß dies eben den ersten Sturm ihrer Vorwürfe von ihm abhalten muß, weil er doch nicht weiß, wie sie ihm begegnen wird nach dem, was geschähen ist. Aber das muß sich ja gleich zeigen.“ „Er nimmt sein Bierglas und erbebt sich.“ „Sel so gut und lag mich ein wenig hinaus da aus der Hand Wirtshausbauer. Ich muß ihr doch ein bißel Gesellschaft leisten... nachher kommen wir beide wieder bei zu euch.“ „Etwas unfrisch nähert er sich Martina, gefolgt von den Wirtshaus fast aller Anwesenden. Zwei Schritte von ihr entfernt blickt er plötzlich sich. Martina hat den Kopf erhoben und sieht ihn mit einem selbstam starren, bagerfüllten Blick durchdringend an. Er verstaßt ihre Bestürzung hinter aufgedämmter Lustigkeit zu verbergen.“ „Sob“, ruft er laut, „das ist halt eine Ueberbahrung! Grad denk ich bei mir selber, wie schön 's war, wenn du jetzt neben meiner sitzen könntest, Martina, daß sie uns beide hoch leben lassen müßten... und jetzt bist richtig da! Aber jo einmal sitzen bleiben darfst du mit mir — verliesse keine Zeit sind allemal zu zweien, gelt.“ „Sie hat ihn ruhig ausreden lassen, ohne den Blick von ihm zu wenden. Als er aber jetzt Miene macht, sich neben sie zu setzen, springt sie lässig auf, und macht eine abweichende Handbewegung.“ „Nehmen Siehrt weiter!“ sagt sie so laut, daß alle verwundernd anblicken. „Mag sitzen neben dir wer will, Feind — ich nimmer mehr!“ „Grave Liebe breitet sich über sein Gesicht.“ „Martina“, sagt er leise und häufig, „hast denn alle Bestürzung verloren? Weist nit, wo du bist? Nachher, wenn wir allein sind, kannst ja gar was du willst, aber jetzt...“ „Grad jetzt jag ich dir's, denn ein „nachher“ wirds wohl nimmer geben für uns zwei auf dieser Welt!“ „Das Was in seiner Hand beginnt zu zittern.“ „Was soll das bedeuten? Was — was willst denn... tun, Martina?“ stammelt er angewollt. (Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240213-15/fragment/page=0005



# Der Schrecken Mitteldeutschlands

Die gefährlichste Plettner-Bande verhaftet. — Zahlreiche Morde und Raubüberfälle angeklagt.

Vor einigen Tagen wurden, wie berichtet, bei einem infamem Ueberfall auf das Postamt in Hebronn am 11. d. M. in Bonnern mehrere Mitglieder einer Raubbande nach schwerem Gefecht, zum Teil schwer verletzt, zu Gefangenen gemacht. Seitdem ist die gefährlichste Raubbande der letzten Jahre der verächtlichen Raubbande Plettners handelt.

Vor reichlich Jahresfrist war diese Bande der Schrecken Mitteldeutschlands. Sie hatte sich jenseitig ein vollständiges Netz umgewirrt und unter diesem Deckmantel

## angelegentlich Verbrechen begangen!

Der Berliner Kriminalpolizei gelang es damals im Verein mit der politischen Polizei fünfzig Mitglieder der Bande in Berlin zur Strecke zu bringen. Wenige Tage später glückte es dann, auch den Raubhauptmann Plettner selbst in Halle zu verhaften. Der Staatsgerichtshof in Leipzig verurteilte die Banditen zu langjährigen Zuchthausstrafen. Seitdem ist die Bande zerfallen.

Verschiedene Mitglieder der Bande hatten sich aber damals rechtzeitig in Sicherheit bringen können. Aber eine neue wohlorganisierte Bande, die nach und nach viele auffallend ereignende Schandthaten verübte. Seit etwa drei Jahren wurde nicht nur etwa die Bevölkerung Berlins und der Mark, sondern auch die von Thüringen und Mitteldeutschland durch die Verbrechen einzelner Mitglieder dieser Banden in Angst und Schrecken versetzt. Die Berliner Kriminalpolizei war immer der Meinung, daß sämtliche großen Raubthaten der letzten Jahre auf das Konto dieser Banden zu setzen seien. Die jetzt angelegte, dem Abschlus nahe Untersuchung, hat ihr recht gegeben. Es wurde nämlich festgestellt, daß einer ihrer ersten Coups

## der Raubüberfall bei Strausberg

war, der etwa vor zwei Jahren auf den Automobilomnibus, der die Verbindung zwischen Bahnhof und Stadt Strausberg herstellt, verübt wurde, und der wegen seiner Furchtbarkeit noch in aller Erinnerung sein dürfte. Ein Drondrille fuhr damals durch eine große Wälder der Gegend, die unkenntlich gemacht, mit den übrigen der Passagiere am Bahnhof Strausberg den Omnibus besetzten, der dann im Walde plötzlich ausgeplündert wurde. Die ersten großen Verbrechen der Plettnerbände waren in diesen Wäldern mehrere getötet, Raubüberfälle und Morde in Mitteldeutschland und Thüringen. In jüngeren Jahren und dann in der Berliner Ländchen der Poststraßen in Regim, der Poststraßen in Deegermühle, der

Ueberfall auf die Kurpfabriz selber in Charlottenburg und auf die Margarinefabrik Cohn. In all diesen Raubüberfällen waren die von der Verhaftung bisher verhafteten gebieterischen Mitglieder der Plettnerbände unter Führung des unter dem Spitznamen „Spanbauer Paul“ bekannten jetzigen Hauptes der Gesellschaft beteiligt. Dieser „Spanbauer Paul“ ist damals

## der Passagier mit der Hornbrille

im Omnibus gewesen. Sein Komplize war ein Verbrecher, der unter dem Namen „bauer Emil“ bekannt ist. Zu ihnen gehörten dann noch mehrere Verbrecher, die unter dem Namen „Karlsen“, „bider Fritz“ usw. bekannt sind. Sie alle waren trotz anstrengender Bemühungen des Raubgegners nicht zu fassen, bis sie jetzt in Hebronn-Dammig das Verhängnis ereilte. Über eigenen Unvorsichtigkeit haben sie ihre Festnahme zu danken, sowie der Energie und dem Mut der besten Schützen des Landes. Die nach langem Feuergefecht, bei dem schließlich sogar ein Mitglied getötet und Maschinenpistolen beschlagnahmt wurde, die Banditen zur Strecke gebracht haben.

In diesen damals Verurteilten und Verhafteten erkannte die Berliner Kriminalpolizei also viele gefürchtete „Krause“ wieder. Sie war ihr bereits seit langem bekannt, weil bei den einzelnen Straftaten als Täter oder Mittäter in Frage kam. Da aber alle diese Verbrecher auf falschen Namen und falsche Ausweisplakate umherstreifen und sich unangemeldet in kleineren Orten aufhielten, war es bei den beschränkten Mitteln der Kriminalpolizei nicht möglich, sie aufzufinden und festzunehmen. Jetzt ist es nun geschehen. Die fünf Verbrecher, die den Wäldern durch Raubüberfälle wurden, liegen mit schweren Schußwunden dort im Krankenhaus, zwei von ihnen dürften

## nicht mit dem Leben davonkommen.

Die übrigen Verhafteten sind jetzt unter außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen nach Berlin transportiert und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Gestern ist es der Kriminalpolizei noch gelungen, die letzten Mitglieder der Bande aufzufindern und in Haft zu nehmen. Damit sind die Schandthaten der Banditen, die drei Jahre lang die Bevölkerung in Unruhe versetzt haben, aufhört. Auch der letzte Raubüberfall auf das Postamt Tempelhofer fuhr von einer erst vor einigen Monaten gegründeten Jugendgruppe der Bande unter Führung des „Spanbauer Paul“ ausgeführt worden. Die Mitglieder dieser Jugendgruppe konnten noch nicht ermittelt werden.

ber in Verarden ungenügend untergebrachten Studenten, sondern der für die Studentenschaft verantwortlichen Mitglieder der Berliner Universität anmahnt, mit ausgesprochenen Worten gegen diejenigen, die den Wäldern durch Raubüberfälle zu begünstigen sich bemühen. Wir hatten im Anschlus an den Brief des Herrn Dr. Michaels die Vermutung geäußert, daß das Wirtschaftsamt der Berliner Universität ein Interesse daran habe, die Zustände vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen. Dieser Eindruck, so sagen wir, ist bekämpft worden durch das Verhalten einiger Mitglieder des Wirtschaftsamtes nach Erscheinen der Aufsätze. Damit meinen wir vor allen Dingen den jetzt veröffentlichten Dr. Friedrich Stoff, der an der Spitze einiger Kommissionen unserer Gewerkschaften mit dem Ton der Unfehlbarkeit gegenübertrat und ihn als einen „Schälung“ hinzuzufügen versuchte. Nun ist es selbst als eine Schädigung erkannt worden. Es wird vermutet, daß er ein wegen anderer Vergehen schon verurteilter Hochstapler ist.

Die Untersuchung der Kriminalpolizei wird hierüber nähere Aufklärung bringen. Für die Öffentlichkeit von Interesse ist die Frage, wie ein berechtigter Mensch an die Spitze eines studentischen Institutes gestellt werden konnte, das die so schicksalvolle Aufgabe hat, die Notlage in der Studentenschaft zu lindern und zu heben. In hervorragendem Maße nicht durch eigene Weisheit, sondern dadurch, daß er die Interessen von Menschenfreunden in gerechtem und nützlichen der Weise weiterleitete! Sein Votum ist ehrenvoller, sein Votum erfordert mehr eine Vertrauensperson als dieser. Wenn man jedoch, wie es scheint, der erste Schritt gestellt worden ist, offenbar ohne jede Prüfung seiner Vergangenheit und seiner menschlichen Qualitäten, so kann man sich dies nur durch die Beschäftigung eines demselben Zweckes mit Parteipolitik erklären. Wer rechtsradikale Kreise im Auge führt, wer das selbstherrliche Auftreten der patentierten Vertreter des Vaterlandes zur Schau trägt, der gilt unbesiegt als der rechte Mann. Wer so in parteipolitische Einstellung, nur um der Sache willen, einen Vorstoß zu befehlen trachtet, dessen Sinn wird, wie der Herr Reichstagsminister Michaels in

seinem Briefe an uns zu stützen nicht versteht, als „unberufen“ abgelehnt.

Es ist zu fordern, daß die Untersuchung gegen den Verhafteten zu einer Kontrolle der Tätigkeit des Wirtschaftsamtes der Berliner Universität erweitert wird. Die Verhältnisse des in den letzten Jahren ausgeführten „Dammig“ Lehre dient, wäre zu wünschen.

## Veröffentlichung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages

Berlin, 12. Februar. Der Text des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages ist jetzt veröffentlicht worden. Der Text ist abgeschlossen für Deutschland von Dr. Wedel und für Amerika von Hughes. Der Vertrag umfaßt 33 Artikel und ist in deutsche Sprache übersetzt. Der ersten Artikel behandeln Einfuhr, Aufenthalt und Niederlassung der Deutschen in Amerika und der Amerikaner in Deutschland, sowie ihre Betätigung im fremden Lande. Soweit nicht die Gleichstellung mit den Inländern ausdrücklich verweigert ist, wie etwa auf Gebiet der Berlin und des Eigentums, sowie auf die von den fremden Staatsangehörigen zu entrichtenden Steuern und Abgaben ist Vorrang zu entrichten. Die fremde Staatsangehörige im anderen Lande nicht schlechter als der Angehörige eines selbstbestimmten Landes behandelt wird. Artikel 4 regelt die Eigentumsübertragung unter Lebenden und von Todes wegen. Artikel 5 regelt die freie Religionsausübung. Artikel 6 behandelt die Rechte des Handelsverkehrs. Artikel 7 regelt die Handelsverträge. Artikel 7, der die unbedingte Meistbegünstigung im wechselseitigen Warenverkehr festlegt. Dabei sollen Waren, die auf den Schiffen des anderen Teiles eingeführt werden, keinen anderen oder höheren Abgaben unterworfen sein, als wenn sie auf einheimischen Schiffen eingeführt wären. Gewisse Ausnahmen erzieht die Meistbegünstigung nur mit Bezug auf den Grenzverkehr mit dem Gebiet der Vereinigten Staaten mit Cuba. Auch die Durchfuhrfreiheit ist vertraglich gesichert und die Erhebung von Durchfuhrzöllen ausgeschlossen. Desgleichen wird wechselseitig die Gleichheit der Behandlung von Schiffen beider Länder bezug auf Tonnage, Hafen- und ähnliche Abgaben festgesetzt. Mit Bezug auf die Schiffenfreiheit gilt der Grundsatz der Meistbegünstigung. Artikel 12 und 13 regeln die Stellung der Gesellschaften. Im eigenen Lande rechtsfähig legitimierte Gesellschaften sollen im anderen Lande als solche anerkannt werden; die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung wird von der Meistbegünstigung und den Vorschriften des einheimischen Gesetzes abhängig gemacht. Artikel 15 und 16 regeln die Rechte der Bürger der Vertragsstaaten, denen unter dem Gesichtspunkt der Meistbegünstigung weitgehende Erleichterungen ausgedehnt werden. Artikel 17 bis 28 regeln die Konsularischen Verbindungen, ebenfalls nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung. Artikel 30 bestimmt, daß die Streitigkeiten zwischen den Amerikanern aus dem Friedensabkommen vom August 1921 zuziehen, durch diesen Vertrag nicht berührt werden. Der Vertrag, der noch ratifiziert werden muß, ist auf zehn Jahre abgeschlossen worden. Er soll vom Tage des Inkrafttretens der Ratifikationsurkunden an Geltung haben. Nach Ablauf der zehn Jahre soll eine einjährige Kündigung.

## Stillemerin an Mussolini

Rom, 12. Februar. Die „Agenzia Stefani“ teilt mit: Der italienische Vizekonsul in Moskau hat von Tschirski über in nachdringende Mitteilung erhalten: In der Zeit, die die Unterzeichnung des italienisch-russischen Abkommens zu übermitteln. Es handelt sich um ein Ereignis von hervorragender Bedeutung für den Weltfrieden. Hierdurch ist ein neues Aera in den Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern eröffnet worden. Der Entschluß des italienischen Königs, die Beziehungen zu einem unserer besten Freunde neu zu beleben, bestätigt die in der glücklichen Weise unsere neuen Beziehungen befestigt. Wir sind Herrn Mussolini dafür zu ganz besonderem Danke verpflichtet. Sobald die Mitglieder der russischen Regierung nach Moskau zurückkehren, wird die Frage der Ernennung der Vizekonsuln gegenseitig geregelt werden. Ich erlaube mir hinzuzuführen, daß die Erklärungen Mussolinis vom 30. Dezember 1921, am 31. Januar 1924 in glücklicher Weise zur Regelung der Beziehungen beigetragen haben.

## Die technischen Beziehungen in der Röhren-Eisenbahnfrage

Paris, 12. Februar. Wie eine Düsseldorfener Sabotage nach einer ausführlichen, in technischer Hinsicht sehr eingehenden Studie, den britischen Vertretern der französischen Eisenbahnen, den britischen Behörden und der Röhren-Eisenbahndirektion eröffnet werden sollten, auf besonderen Wunsch der britischen Vertreter verhandelt worden. Die britischen Vertreter haben erklärt, daß die deutschen Vertreter durch Konferenzen mit den Eisenbahndirektoren

## Joachim Nettebeck.

1738—1824.

(4. Fortsetzung.)

Nun aber war auch der Eimer geleert! Neue Belegenheit! Denn das leuchtete mir allerdings wohl ein, daß, wenn ich hinabsteige, weder ich, noch sonst ein Mensch hier je wieder nach oben gelangen. Ich schrie indes aus Weibeskraft: „Wasser! Wasser her!“ bis der vorbenommene Zimmermeister die Falltür aufschloß und mir zurief: „Wasser hier, aber wie bekommst du es hinauf?“ „Nur bis über den Gedenkstein schaffst mir's.“ Da will ich selber langen, war meine Antwort, und so geschah es auch. Jene wagten sich höher und ich kletterte ihnen von Zeit zu Zeit entgegen, um die vollen Wassereimer in Empfang zu nehmen, von denen ich denn auch so fleißigen Gebrauch machte, indem ich den Brand tapfer kanonierte, daß ich endlich das Glück hatte, ihn zu überwäligen und völlig zu löschen. Wo es aber noch irgend zu glimmen schien, da kratzte ich mit meinen Händen die Stoffen herunter, soweit ich irgend reichen konnte.

Jetzt erst, da es hier nichts mehr für mich zu tun gab, genan ich Zeit, an mich selbst zu denken. Ich spürte, wie mir mit jeder Minute über zumute wurde: denn das zurückfließende Wasser hatte mich bis auf die Haut durchnäscht, und zugleich war eine Nässe im Turme, die je länger je unangenehmer wurde. Zwar sollte ich nun hinunter, aber indem ich gegen die Schalltür drückte, gab es einen so schrecklichen Laut, daß ich mir plötzlich die Sinne verlor. Auch ließ sich nicht, ob ich meinen eigenen fleißigen Gottes Erdboden erreicht, oder ob mich die Leute hinaufgetragen haben.

Als ich mich wieder besann, lag ich auf dem Kirchhofe, und mir zur Seite standen die Göttergötter Wälder und Kirschen, die mir an beiden Armen eine über geöffnet hatten. Außerdem gab es noch einen dichten Haufen von Menschen um mich her, welche von Teilnahme oder Neugier herbeigelaufen sein mochten. Mit meinem wiederkehrenden Bewußtsein begann ich nun aber auch erst

meine Schmerzen zu fühlen. Meine Hände waren überall verletzt; die Haare auf dem Kopfe zum Teil abgefallen; der Kopf selbst wund und voller Brandblasen, wo denn auch in der Folge nie wieder Haare gewachsen sind. Nicht minder fand mir die beiden äußersten Finger an der rechten Hand, die vom Feuer am meisten gelitten hatten, bis auf die letzte Stunde frumm geblieben, und so werde ich sie auch wohl mit in mein Grab nehmen müssen.

Vom Kirchhofe trug man mich nach meiner Wohnung, wo eine gute und sorgfältige Pflege mir dann auch bald wieder auf die Beine half. Einige Wochen später behändigte mich der Herr Kreiskommissar: Donats eine goldene Denkmünze in der Größe eines Doppel-Friedrichsdor, nebst einem Belobungsschreiben, die ihm beide von Berlin zugesandt worden, um sie mir gegen meine Luftung zu überlassen. Das Gepräge dieser Denkmünze ließ ich mir in meinem Besitze nachsehen: sie selbst aber, nebst dem Schreiben, übergab ich in die Hände des Magistrats, mit dem Ersuchen, bis auf meine weitere Verfügung im Rathsausschusse zu verwahrt niederzulegen. Doch als ich nach einigen Jahren danach fragte, war das eine wie das andere vergeblich! Es hieß: das sei noch bei des Bürgermeisters P-f's Feilen gesehen; und daran mußte ich mir genügen lassen!

## Das Ansehen Preußens zur Zeit Friedrich des Großen.

Am 1. August war ich an der Zeit, Korrespondenten des Großherrschaften, Herrn John Wulfart, dort und eines Tages auf dem Wege, seiner Einladung zur Witzstapel zu folgen. Ich mußte aber einen großen Marktplatz, wo ich bereits aus der Ferne ein großes Gedränge von Menschen bemerkte. In der Meinung, daß es dort wohl eine öffentliche Sitzung geben möchte, trat ich näher, erkannte aber beim Näherkommen, daß es ein großes Festes Ansehen ward, von dessen Spitze, zu meiner großen Verwunderung, die preussische Flagge lustig im Winde wehte. Nun mußte ich natürlich genauer zusehen. Ich drängte mich mit Mühe durch den dichten Haufen, bis ich am Eingange des Festes stand, zu dessen beiden Seiten ein paar baumbedeckte Preussische Grenadiere in ihren hohen Dianten

Schlimmen stattlich schillerten. Fast hätte ich Luft gehabt, die braven Banden hier unter fremden Pflummel treten zu sehen, und ich hätte mich nicht anders zu denken, als daß mich ein paar Wachen zum Gefährde hatten und daß ich hier wahrscheinlich am Eingange eines Nachschlagers abgetrieben stand, dem diese martialischen Gestalten zu einem Ausgangsdiene dienten. Indes, meine Neugier war nun einmal gemacht und ich beschloß, hineinzutreten; denn hinter solchen Türhürten, dachte ich, müßte wohl noch mehr sein, woran ein preussisches Herz sich erlaben könnte. Und so war es auch wirklich! Es streute und natürlich, als ob er lebte, stand mitten im der König Friedrich mit einem Röhrenschwert in der Hand, und vor ihm lag ein Mann mit Weib und Kindern an den Armen, die um Gerechtigkeit zu flehen schienen. Ihm zur Rechten war eine große Woge angebracht, in deren einer Schale eine Widwale der Gerechtigkeit thronte und in anderer zum zu fassen war. Ein Mann stand vor der Woge, und der Woge war aus anderen Seite eine Gruppe preussischer Generale und Junkerpersonen, und im Hintergrunde in großen leuchtenden Buchstaben die portugiesische Inschrift: „Gerechtigkeitsschiffe des Königs von Preußen.“ — darunter aber der Name „Arnold.“ — Was sieht also, daß hier der König des Willers Arnold genannt wird, der damals als Oberster der Gerechtigkeit das Europa das höchste Ansehen erregte. Wenn dennoch das Ganze hätte unerschütterlich bleiben mögen, dem half ein Ausrufer zurecht, der die Gerechtigkeit laut und pathetisch herausschrien mußte.

Alles hörte und schien tief ergriffen; auch mit armen Herzen hinstand das Herz unterm dritten Knopfloch, daß ich mich hier, in dieser, erlaben zu denken, zum zu fassen mußte. Heim, muß ich heraus! Ich mußte mich dem inneren Kreis hervorbringen, und so gut oder aber ist die fremde Sprache zu radebrechen verstand, rief ich aus: „Mein König! Ich bin Preuße!“ — Die wenigen Worte fielen wie ein elektrisches Feuer in alle Herzen. Die ganze Schaar schrie mich, laut, laut mich her auf die Fines und schickte mich an die Spitze der Woge. „Gott dem Könige von Preußen!“ rief der eine. — „Heil ihm!“ der andere. — „Heil für die strenge Gerechtigkeit!“ — „Rechtendes Beispiel für alle Regenten der Erde! Heil ihm!“ — Mit jedem Augenblicke vermehrte sich das Geschrei und Getöse.







